

Wahlkampf für die Umwelt



Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.

Fragen an die:

**Umweltpolitischen Sprecher/innen
der Parteien im Umwelt-, Verkehrs-
und Planungsausschuss (UVPA)
der Stadt Erlangen**

und die

Landratskandidaten

zu den Themen:

- **Verkehr und Mobilität**
- **Flächenschutz**
- **Energie**

Kommunalwahl 2002



3. März

Wahlkampf für Natur und Umwelt

In wenigen Wochen ist Kommunalwahl in der Stadt Erlangen und im Landkreis Erlangen-Höchstadt und wir stimmen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über den künftigen Oberbürgermeister bzw. den künftigen Landrat sowie über die Zusammensetzung von Stadtrat und Kreistag ab, eine entscheidende Weichenstellung für die nächsten sechs Jahre.

Nun zeugen ja die verschiedenen Plakate bereits vom näherrückenden Wahltermin und da fällt doch etwas sofort auf. Die CSU wirbt in der Stadt mit dem Slogan „Für Erlangen - mit Herz und Verstand“ Ein griffiger Werbespruch, das muss man sagen, und das ist ja auch kein Wunder!

Als ich vor mehr als 10 Jahren im Bund Naturschutz mein Amt als Erlanger Kreisvorsitzende antrat, warb ich für die Umweltschutzidee mit vielen Aktionen und u.a. unter dem Motto „Naturschutz mit Herz und Verstand“, was leicht nachvollziehbar ist.

Die Tatsache, dass der Werbespruch jetzt wieder auftaucht, ist erst einmal erfreulich. Denn die Arbeit des landesweit tätigen und überparteilichen Bund Naturschutz besteht auch darin Vorbildfunktion zu haben und den PolitikerInnen Umweltschutzideen so vorzustellen, dass sie diese übernehmen oder realisieren können. Das ist uns in dem Fall gelungen.

Nun müssen wir in unserer Wächterfunktion allerdings genau hinschauen, ob bei den getroffenen Entscheidungen, das Herz und damit das Gefühl tatsächlich mitregiert. Ich für mich habe allerdings in politischen Diskussionen schon oft das Gegenteil erlebt - nämlich, dass mir gerade CSU-PolitikerInnen meine Emotionalität massiv zum Vorwurf gemacht haben. Lassen wir uns überraschen, was bei den Wahlveranstaltungen herauskommt.

Für den Erlanger Bund Naturschutz stellt sich nach sechs Jahren Regierungszeit der CSU sowohl in der Stadt Erlangen als auch im Landkreis Erlangen-Höchstadt die Frage, ob der Natur- und Umweltschutz in den letzten Jahren positive Entwicklungen erlebt hat und welche Naturzerstörungen festzustellen sind. Die Bilanzierung darüber wäre eine Möglichkeit, die Politik der vergangenen Jahre zu bewerten und somit unseren Mitgliedern und allen am Naturschutz Interessierten eine Hilfestellung für die Wahl zu geben.

Aber andererseits gibt es in der Politik nicht nur Parteiprogramme und Grundsatzbeschlüsse. Auch können wir nicht nur von **der** CSU, **der** SPD, **der** FDP oder **den** Grünen sprechen. Die Politik kann gerade auf der kommunalen Ebene entscheidend von einzelnen Persönlichkeiten besonders geprägt werden. Und nichts verdient mehr Anerkennung als das mutige Auftreten und Eintreten für eine Überzeugung, in unserem Fall für den Natur- und Umweltschutz und damit für ein Stück Heimat, für den Erhalt der Schöpfung.

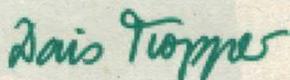
Aus diesen Grund hat sich der Bund Naturschutz entschieden, die Personen zu befragen, die im Erlanger Stadtrat führend zum Thema Umwelt und Natur agieren, und das sind die umweltpolitischen Sprecher bzw. Sprecherinnen der Parteien im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss (UVPA) bzw. die, die sich künftig dafür einsetzen wollen. Im Konkreten sind dies Stadträtin Frau G. Bußmann (GL), Stadträtin Frau R. Egelseer-Thurek (CSU), Stadträtin Frau Dr. E. Preuß (FDP), Stadtratskandidat Dr. J. Tendel (beratendes Mitglied für die SPD), Stadtrat R. Thaler (SPD), Stadträtin Frau M. Ullmann (ÖDP), Stadtrat Herr G. Volleth (CSU).

Im Landkreis wurden die vier Personen befragt, die für das Amt des Landrats kandidieren: Dies sind Herr M. Bachmayer (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Dr. G. Friedrich (CSU), Herr E. Irlinger (SPD) und Frau K. Knorr (FW).

Im Anschluss finden Sie die Fragen, die wir an die Kandidaten gerichtet haben und deren Antworten. Vergleichen Sie diese mit den Positionen des BN, die am Ende der jeweiligen Themenfelder dargestellt sind. Bewerten Sie selbst, um entscheiden zu können, wem Sie Ihre Stimme geben werden.

Bitte nutzen Sie die Möglichkeit der Einflußnahme, gehen Sie am 3. März zur Wahl und zeigen Sie den Umweltzerstörern die Rote Karte!

Ihre



Doris Tropper
Kreisgruppenvorsitzende



**Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.**



Die Fragen zur Kommunalwahl in Erlangen

➔ Themenfeld „Verkehr und Mobilität“

➔ Welche Position vertreten Sie zur Staatsstraße 2240, auch bekannt als Südumfahrung von Buckenhof und Uttenreuth?

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek,
Umweltpolitische Sprecherin der
CSU im UVPA:

„Ich habe als einzige CSU-Stadträtin gegen die Staatsstraße 2240 gestimmt. Wegen der enormen Eingriffe in den Bannwald, der vorhersehbaren Zerstörung des Naherholungsgebietes und der möglichen Gefährdung des Wasserreservoirs musste ich diese schwere Entscheidung treffen.“

Günther Volleth,

Umweltpolitischer Sprecher der
CSU im UVPA:

„Die Südumfahrung muss gebaut werden.“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel,
Umweltpolitischer Sprecher der
SPD:

„Die Allee durch den Röthelheimpark mag für die Bewohner der Drausnickstraße eine gewisse Entlastung gebracht haben, allerdings um den Preis, dass die Anwohner im Bereich zwischen Henke-, Hartmann-, Schenk- und Gebbertstraße schon jetzt über erhöhtes Verkehrsaufkommen klagen. Der Bau der Südumgehung von Buckenhof und Uttenreuth (Ausbau der Staatsstraße 2240) würde nicht nur - so ganz nebenbei - das Trinkwasser für einen Großteil der Erlanger Bevölkerung gefährden. Verbunden mit dem prognostizierten weiter wachsenden Straßenverkehr würde der Ausbau der Staatsstraße nicht nur dieses, sondern weitere Wohngebiete in unerträglicher Weise zusätzlich belasten. Allein dieser Grund ist für mich gewichtig genug,

um den Bau der Staatsstraße entschieden abzulehnen.“

Robert Thaler,

Planungspolitischer Sprecher der
SPD im UVPA:

„Die SPD - Fraktion, der ich seit 1995 angehöre, hat geschlossen gegen die Südumfahrung (Staatsstraße 2240) von Uttenreuth und Buckenhof gestimmt. Dies war entscheidend dafür, dass im Erlanger Stadtrat eine Mehrheit gegen dieses Projekt zu Stande kam.“

Die vorgeschlagene Trasse lehnen wir v.a. wegen Trinkwassergefährdung ab.

ödp

Margot Ullmann,

Umweltpolitische Sprecherin der
ÖDP im UVPA:

„Die Staatsstraße 2240 als Südumfahrung von Buckenhof und Uttenreuth lehne ich aus folgenden Gründen ab: Sie wäre eine Konkurrenz für die geplante Stadt-Umland-



GL

Gudrun Bussmann,

Umweltpolitische Sprecherin der
GL im UVPA:

„Wir lehnen jeglichen neuen Straßenbau ab, außer notwendiger Erschließungsstraßen.“

FDP

Dr. Elisabeth Preuß,

Umweltpolitische Sprecherin der
FDP im UVPA:

Bahn, würde nur wieder neuen Verkehr in die Stadt Erlangen ziehen und das Pendlerproblem verstärken. Sie ist für den Bau der Stadtumlandbahn nicht notwendig, wie andere Städtebeispiele zeigen (Saarbrücken). Sie würde neuen Verkehrslärm in bisher ruhige Wohngebieten bringen. Eine solche Straße an der Wasserschutzzone gefährdet das Erlanger Trinkwasser und ein wichtiges Naherholungsgebiet.

- CO₂-Verminderung beginnt vor Ort, auch durch den Verzicht auf Individualverkehr und neue Straßen.

- Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Balleis hat sich zumindest programmatisch positiv zu der Stadt-Umland-Bahn (StUB) geäußert. Getan hat er in diesem Sinne dafür nichts.
- Sind Sie im Falle Ihrer Wahl in den Stadtrat bereit, das Projekt Stadt-Umland-Bahn in der Stadt Erlangen konkret voranzubringen, indem Sie z.B. die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung des städtischen Haushaltes befürworten, ebenso wie die aktive Einbringung der Gebietskörperschaft in eine künftige Planungs- und Betreibergesellschaft?

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Die Stadt-Umland-Bahn ist die logische Alternative zur Südumgehung. Sobald unsere finanziellen Mittel es zulassen, werde ich versuchen, das Projekt StUB in Erlangen voranzubringen.“

Günther Volleth,

„Die Stadt-Umland-Bahn muss mittel- bis langfristig vorangebracht werden.“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Die Rechnung der SPD („EN“ vom 19.12.2001), derzufolge die StUB nicht nur wünschenswert, sondern auch finanzierbar ist, wäre die Grundlage meiner Arbeit. Dass sich die Stadt Erlangen (ggf. vertreten durch die Stadtwerke Erlangen) in eine künftige Planungs- und Betreibergesellschaft aktiv einbringt, ist aus meiner Sicht selbstverständlich. Bei den Haushaltsberatungen 2002 wurde der Antrag der SPD, einen mittelfristigen Plan für die Finanzierung der StUB zu erstellen, von der CSU-FDP/FWG-Mehrheit abgelehnt. Die Stunde der Wahrheit für die sog. langfristigen Befürworter der StUB ist gekommen. Die Diskussion über ein umfassendes Verkehrskonzept für Erlangen und Umgebung unter Federführung der Erlanger Verkehrsbetriebe ist unverzüglich in Gang zu setzen. Die Forderung nach dem Bau der StUB unterstütze ich nicht zuletzt deshalb auch im Rahmen des „Altstadtforums“ nachdrücklich, weil sie potentielle Käufer und Käu-

ferinnen umweltfreundlich direkt ins Stadtzentrum befördern und nicht - wie Schnellstraßen - um die Stadt herum, in andere Einkaufszentren bringen würde.“

Robert Thaler:

„Die SPD - Stadtratsfraktion hat in einer Pressekonferenz Anfang des Jahres dargelegt, wie eine Realisierung der Stadt-Umland-Bahn zeitlich wie finanziell möglich ist. An dieser Konferenz habe ich als planungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion teilgenommen. Für mich hat die Realisierung vor allem die des Ostastes der STUB die hervorgehobene Priorität, u.a. auch bei dem Ziel mehr Kaufkraft in die Stadt Erlangen zu bringen.“

GL

Gudrun Bussmann:

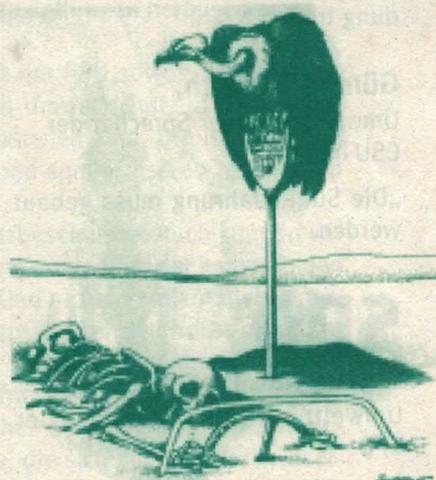
„Wir sind sehr für individuelle Mobilität und deshalb für den sofortigen Beginn des Baus der StUB. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren vielfältige Anträge zur Trassensicherung, zur Finanzplanung und zur Finanzierung der ersten Planungsschritte gestellt. Finanzmittel würden aus den Erlösen des Treuhandkontos Röthelheimpark zur Verfügung stehen.“

FDP

Dr. Elisabeth Preuß:

„Die FDP wird nach wie vor die Gesundung der Finanzen als eine der Hauptprämissen ihrer Politik sehen. Stellen Sie sich einmal vor, was man alles machen könnte, wenn es nicht die leidigen 20.000 EUR gäbe, welche die Stadt täglich nur für Schuld-

zinsen zahlen muss. Es stimmt meiner Meinung nach auch nicht, dass Dr. Balleis nichts getan hat, denn die Trassensicherung war immer Handlungsgebot. Im Augenblick sehe ich die Probleme nicht nur in den Baukosten (an der Rathausanierung von 25 Mio. Eur. sieht man, dass bei Sparwillen einiges möglich ist), sondern besonders in den Betriebskosten. Dennoch hal-



ten wir an dem Wunsch, für Erlangen ein schienengebundenes ÖPNV-System zu errichten, fest. Jeder Besuch in Städten, die ein solches haben, bekräftigt diesen Wunsch. Es erschiene uns allerdings unehrlich, dem Bürger jetzt mit dem etwas schwammigen Begriff mittel- oder langfristige Finanzierung etwas zu versprechen, was wir mit harten Fakten nicht untermauern können.“

ÖDP

Margot Ullmann:

„Ja. Die ÖDP hat bereits Finanzmittel für den Grunderwerb und die Planung für den Haushalt 2002 beantragt. Dies wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt.“



Die Position des BN

Die „Südumfahrung“ würde die bestehenden Verkehrsprobleme nicht lösen, sondern neue Verkehrsströme nach Erlangen bringen. Spätestens in der Kurt-Schumacher-Straße, in der Röthelheim-Allee und in der Drausnickstraße würde sich der Verkehr - schlimmer denn je - stauen. Der BN lehnt daher die Südumgehung sowohl aus verkehrspolitischen als auch aus ökologischen Gründen strikt ab. Die

einzige sinnvolle Lösung ist der schnellstmögliche Bau einer modernen Stadt-Umland-Bahn (StUB). Der Bau der „Südumfahrung“ durch den Reichswald und das Trinkwasserschutzgebiet würde Erlangens bestes Trinkwasser gefährden und das beliebte Naherholungsgebiet in vielfältiger Weise beeinträchtigen. Darüber hinaus würde der Straßenbau die Rodung von ca. 12 ha Bannwald bedeuten und somit gegen die Bannwaldverordnung und EU-Recht

verstoßen. Wie die Machbarkeitsstudie gezeigt hat, ist die StUB kurzfristig realisierbar und mit staatlichen Zuschüssen in Höhe von 85 % und/oder privaten Betreiber-Modellen auch finanzierbar. Entsprechend dem ÖPNV-Gesetz der Bayerischen Staatsregierung muss der ÖPNV in Ballungsräumen Vorrang gegenüber dem Individualverkehr haben. Der Vorteil der Schiene muss genutzt werden. **Es fehlt also nur am politischen Willen!**

➔ Themenfeld „Flächenschutz“

- ➔ **Kennen Sie die Vorschläge, die der Bund Naturschutz zu den geplanten Neuausweisungen von Flächen im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes vorgelegt hat? Welche der Vorschläge wären Sie bereit zu realisieren?**

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Ja, sie sind bekannt. Grundsätzlich bemühe ich mich, die Belange des Umweltschutzes bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.“

Günther Volleth:

„Ich kenne die Vorschläge nicht.“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Auf keinem Gebiet demonstrierten die derzeitigen Mehrheitsparteien ihr mangelndes Verständnis für die Erfordernisse des Umweltschutzes augenfälliger als bei der Verabschiedung des Flächennutzungsplans. Alle vom Bund Naturschutz eingebrachten Anträge, die eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des Natur- und Umweltschutzes zum Ziel hatten, wurden bedenkenlos niedergestimmt. Deutlicher hätte der Herr Oberbürgermeister nicht demonstrieren können, dass

er der OB der CSU und nicht der der Bürger ist, dem die Probleme aller am Herzen liegen und der unparteiisch die Interessen abwägt. Selbst in den Fällen, in denen die Regierung von Mittelfranken ernste Bedenken anmeldete, wurden die Belange des Naturschutzes niedergestimmt. Reiterhof ins Landschaftsschutzgebiet, Einfamilienhäuser auf eine vorbildlich (mit Steuergeldern) renaturierte Deponie, neue Verbindungsstraße Tennenlohe-Eltersdorf quer durchs Knoblauchsland sind nur einige Streiche der hiesigen Schildbürger. Für die Positionen des Bundes Naturschutz gilt es weiter zu kämpfen!“

Robert Thaler:

„Die Stellungnahme des BN zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes vom 10.4.2001 ist mir bekannt. Abweichende Meinungen zur Stellungnahme des Bund Naturschutz, der sie im Großen und Ganzen zustimmt, hat die SPD-Fraktion im Fall des Bebauungsgebietes Kriegenbrunn-West und der Straße

von der Weinstraße entlang der Bahnlinie. Beide Planungen hält die SPD-Fraktion für verträglich, bzw. notwendig.“

GL

Gudrun Bussmann:

„Wir sind grundsätzlich bereit, Vorschläge des Bundes Naturschutz zu unterstützen. Insbesondere lehnen wir den Dienstleistungs- und Produktionspark in Eltersdorf und das Gewerbegebiet Kriegenbrunn-Ost wegen der fortschreitenden Landschaftszerstörung ab.“

FDP

Dr. Elisabeth Preuß:

„Wir haben den Schutz der Fläche im Moorbachgrund bei Dechsendorf durchgesetzt, über weitere Vorschläge sprechen wir gerne mit Ihnen.“



Margot Ullmann:

„Ja. Den geplanten Reiterhof an der B4 bei Tennenlohe lehne ich ab. Die zusätzlich in den FNP 2000 aufgenommene Kosbacher Brücke lehne ich ab. ÖPNV hat Vorrang vor dem

MIV. Die Brücke wäre nur akzeptabel, wenn sie ausschließlich für die Stadt-Umland-Bahn vorgesehen wird. Das Nadelöhr Innenstadt/Talübergang würde durch einen auf für den MIV zugelassenen Talübergang nicht entschärft. Die Ausgleichsflächen westlich des neuen Baugebiets von Kriegenbrunn und west-

lich des Gewerbegebiets an der Frauenaucher Straße dürfen nicht vermindert werden. Wohnbauflächen sollten in Innenstadtnähe realisiert und erst danach in den Randlagen realisiert werden.“

- ➔ Welche Position vertreten Sie zum Projekt Hüttendorfer Damm?
- ➔ Sind Sie im Falle Ihrer Wahl in den Stadtrat bereit, Ihre Position gegebenenfalls auch gegen ein Votum des Fürther Stadtrates aktiv zu vertreten?



Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Ich sehe das Projekt Hüttendorfer Damm kritisch. Es wurde aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen.“

„Ich fühle mich dem Erlanger Stadtrat verpflichtet und nicht dem Fürther.“

Günther Volleth:

„Ich bin entschiedener Gegner des Hüttendorfer Damms seit 20 Jahren.“

„Ja.“

bacher und Herzogenaucher Damm keine weitere Talüberquerung auf Erlanger Stadtgebiet geben.“

„Ich bin bereit diese Position auch gegen ein Votum des Fürther Stadtrates aktiv zu vertreten.“



Gudrun Bussmann:

„Den Hüttendorfer Damm lehnen wir ebenso wie die angeblich notwendige Verbindungsstraße zwischen Gewerbepark Tennenlohe und Eltersdorf ab.“

„Ja, na klar.“



Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Reduktion des Verkehrsaufkommens statt Verlagerung und somit Verkehrsberuhigung für alle Einwohner Erlangens ist das Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Geradezu zwangsläufig ergibt sich daraus meine ablehnende Haltung auch gegenüber dem Ausbau des Hüttendorfer Damms. Diese Position auch andernorts, insbesondere gegenüber dem Fürther Stadtrat so zu vertreten, wie dies die Erlanger SPD bereits seit Jahren tut, ist selbstverständlich.“

Robert Thaler:

„Die SPD-Stadtratsfraktion hat eine eindeutig ablehnende Haltung zum Hüttendorfer Damm. Für uns darf es neben Dechsendorfer, Büchen-



Dr. Elisabeth Preuß:

„Dieses Projekt lehnen wir ab.“

„Ja.“



Margot Ullmann:

„Die Öffnung der Verbindungsstraße Hutgraben-Weinstraße im Bereich Eltersdorf-Tennenlohe wurde für den MIV gegen meine Stimme beschlossen. Sie wird direkt zum Hüttendorfer Damm als neue überregionale Ost-West-Verbindung führen. Er würde noch zusammenhängende landwirtschaftliche Flächen durchschneiden, weshalb ich ihn ablehne. Neue Straßen führen zu noch mehr Verkehr.“

„Ja.“

GESUNDHEIT IST ANSTECKEND!



UMWELTANALYTIK LEICHT GEMACHT!

TRINKWASSERANALYSE

HAUSTAUB- UND RAUMLUFTUNTERSUCHUNGEN

HAARMINERALSTOFFANALYSE

BODENPROBEN

MICHAEL-VOGEL-STR. 18

91052 ERLANGEN

FON 09131/2705-0

FAX 09131/2705-299

JORDANA APOTHEKE

→ Wie stehen Sie zu Eingriffen in bestehende Landschaftsschutzgebiete, z.B. Schaffung einer Streetballfläche oder anderen Baumaßnahmen?

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Auch hier müssen die verschiedenen Interessen gegenseitig abgewogen werden.“

Günther Volleth,

„Landschaftsschutzgebiete dürfen nicht bebaut werden.“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Nach meinen derzeitigen Informationen zeichnet sich für die Errichtung einer Streetballfläche in Alterlangen eine Lösung außerhalb des Landschaftsschutzgebietes ab, sodass der postulierte Konflikt virtueller Natur zu sein scheint. Sollte meine Einschätzung trügen, so werde ich mich weiterhin, wie bereits im Naturschutzbeirat geschehen, mit Kräften nach einer Lösung außerhalb des Landschaftsschutzgebietes einsetzen. Sollte sich jedoch keine befriedigende Lösung finden

lassen, würde ich meine grundsätzlichen Bedenken zurückstellen und unter Auflagen der am Rande (!) eines Landschaftsschutzgebietes gelegenen Streetballfläche zustimmen.“

Robert Thaler:

„Eingriffe in bestehende Landschaftsschutzgebiete wurden und werden von mir entschieden abgelehnt. Dies war in Dechsendorf so, das gilt für die Streetballanlage und wird auch bei einem eventuellen Reiterhof in Tennenlohe der Fall sein.“

GL

Gudrun Bussmann:

„Jegliche Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete lehnen wir strikt ab. Streetball sollte auf bestehenden Straßen gespielt werden. Wir hätten nichts dagegen, diese zu diesem Zweck zu sperren. Hilfsweise könnten wir uns den Umbau des Kosbacher-Damm-Stutzens zur Streetballfläche vorstellen.“

FDP

Dr. Elisabeth Preuß:

„Hier muss ein Kompromiss gefunden werden, die Fürsorgepflicht der Kommune gegenüber ihren Jugendlichen hat einen besonderen Stellenwert, ich brauche Ihnen die Argumente der Jugendarbeit nicht darzulegen, da Sie diese sicherlich kennen. Hier sehe ich ein typisches Beispiel, wo Politik, Verwaltung, Bauern und Naturschutz an einen Tisch müssen, um für dieses vergleichsweise kleine Problem eine Lösung zu finden.“

ödp

Margot Ullmann:

„Ablehnend. Landschaftsschutzgebiete dienen der Gesundheit aller Menschen und dürfen nicht Einzelinteressen geopfert werden. Gerade weil die Bebauungsgebiete zunehmen, sind im Gegensatz dazu großräumige, vernetzte Landschaftsschutzgebiete nötig.“

→ Sehen Sie eine Notwendigkeit zusätzliche Landschaftsschutzgebiete in der Stadt Erlangen auszuweisen? Wenn ja, wo und in welchem Bereich?

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Nein, ich sehe keine Notwendigkeit.“

Günther Volleth:

„Zusätzliche Landschaftsschutzgebiete auf sehr nassen und sehr trockenen Flächen (Magerrasen).“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Für Bauern, die weiterhin langfristig abgesichert Landwirtschaft betreiben wollen, stellen die Auswei-

sung von Landschaftsschutzgebieten die beste Existenzsicherung dar. Es ist völlig unverständlich, warum die CSU ihre Wählerklientel nicht nachdrücklich auf diese unstrittigen Vorteile hinweist. Die Ausweisung entsprechender Flächen wurde abgelehnt, sodass jenen, die ihren Grund und Boden als Spekulationsobjekt benutzen, Tür und Tor geöffnet wurden.

Es war ein Trauerspiel im UVPA mit erleben zu müssen, wie der OB gemeinsam mit CSU, FDP und FWG auch den Sachverstand seiner eigenen Verwaltung mit Füßen trat. Die (abgelehnten) Planungen des Umweltamtes hatten weitere Landschaftsschutzgebiete schwerpunk-

mäßig in den Bereichen Tennenlohe und Eltersdorf vorgesehen. Sie sind in diesen Bereichen nötig, möglich und im Hinblick auf eine Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion auch sinnvoll. Diese Pläne der Verwaltung habe ich bisher nachdrücklich unterstützt und werde dies auch weiterhin tun.“

Robert Thaler:

„Die SPD - Fraktion hat sich nachhaltig für den von der Verwaltung aufgestellten Flächennutzungsplan im UVPA und im Stadtrat eingesetzt, ist aber bei den Eingriffen in die Landschaftsschutzgebiete (Tennenlohe, Dechsendorf) mehrheitlich gescheitert.“



Gudrun Bussmann:

„Wir schließen uns den Vorschlägen des Umweltamtes an, die leider bei der Abstimmung im Stadtrat nicht zum Zuge kamen.“



FDP

Dr. Elisabeth Preuß:

„Hier bin ich auf Ihre Zuarbeit angewiesen. Ein Problem, welches sich in der Zukunft stellen könnte, sehe ich in einer geplanten „Hundeauslauf-Fläche“ im Röthelheimpark an der unmittelbaren Grenze zum Naturschutzgebiet. Hier sehe ich die Gefahr, dass die Hunde sich nicht an das „ihnen zugewiesene Gebiet halten“ und so den Rand des Naturschutzgebietes überdüngen und

damit vernichten.“



„Margot Ullmann:

„Ja, z.B. Ausweitung des Bimbachtals als Ausgleich für die Neubebauung. Waldstreifen am Main-Donau-Kanal, Ausweitung des Klosterwalds und der Römerreuth, massive Ausweitung der Flächen am Hutgraben zwischen Tennenlohe und Eltersdorf, um noch Landwirtschaft zu erhalten.“



Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.

Die Position des BN

Der BN fordert seit Jahren, letztmals in der Stellungnahme zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt Erlangen, einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Boden und dementsprechend eine maßvolle Ausweisung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten.

Auf den bereits ausgewiesenen aber noch nicht bebauten Flächen, in Baulücken und auf Konversionsflächen (ehemaliges UB-med-Gelände, Röthelheimpark, Gelände des Kraftwerks Franken II) könnten bis zu 9 700 Einwohner (Wohnbau-Reservefläche 110 ha) und Gewerbebetriebe (Gewerbegebiet-Reserveflächen 97 ha) mit insge-

samt mehreren tausend Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Die im FNP vorgesehene Ausweisung von 11 neuen Wohngebieten mit insgesamt 68 ha Fläche und 10 neuen Gewerbegebieten mit einer Fläche von insgesamt 56 ha ist daher völlig überzogen.

Bannwald, geschützte Landschaftsbestandteile und Landschaftsschutzgebiete dürfen keine stille Reserve für neue Straßen, Industrie- und Gewerbegebiete sein.

Der Bau des Hüttendorfer Damms sowie der Kosbacher Brücke durch die Landschaftsschutzgebiete im Regnitz-Wiesengrund wird aus verkehrspolitischen sowie ökologi-

schen Gründen abgelehnt. Als einzige sinnvolle Lösung der Verkehrsprobleme muss der ÖPNV weiter ausgebaut und die Realisierung der StUB vorangetrieben werden. Nach einer Prognose der Stadt wird bei ungebremster Bautätigkeit das Stadtgebiet innerhalb von 60 bis 80 Jahren total überbaut sein. Entsprechend fordert der BN durch die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten (gesamtes Schwabachtal, Bimbachtal, Gebiet zwischen Eltersdorf und Tennenlohe) eine weitere Zersiedelung der Landschaft zu stoppen und damit die landwirtschaftliche Nutzfläche für eine stadtnahe Landwirtschaft zu erhalten.

➔ Themenfeld „Energie“

- ➔ Inwieweit sind Sie bereit im Falle Ihrer Wahl in den Stadtrat das Pilotprojekt „4-Liter-Haus“ der Gewobau am Anger zu unterstützen und als Standard für die Altbausanierungen in Erlangen einzuführen?

CSU

Rosemarie Egelseer-Thurek:

„Das äußerst wünschenswerte Projekt 4-Liter-Haus der Gewobau am Anger ist wegen fehlender Mittel abgelehnt worden. Dagegen ist die

Förderung des Passivhauses für Privatpersonen in Büchenbach auf einen guten Weg gebracht worden.“

Günther Volleth:

„Nein.“

SPD

Dr. rer. nat. Jürgen Tendel:

„Als Mitglied im Naturschutzbeirat und als beratendes Mitglied im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss (UVPA) habe ich miterle-



ben müssen, wie die Gewobau bei der Anger-Sanierung mit dem Pilotprojekt „4-Liter-Haus“ von den Mehrheitsfraktionen des Stadtrates in Stich gelassen wurde. Allein den lobenswerten Bemühungen ihres Geschäftsführers ist es zu verdanken, dass wenigstens ein Wohnblock entsprechend ausgestattet werden wird. Die Entscheidung darüber, ob dies zum Standard für alle weiteren Altbausanierungen gemacht werden kann, sollte zwar erst nach Vorlage eines Erfahrungsberichtes erfolgen. Schon heute bin ich jedoch davon überzeugt, dass die Bestandsaufnahme positiv ausfallen und dass sich das „4-Liter-Haus“ als Standard durchsetzen wird.

Allerdings sollte dies nicht die einzige Maßnahme bleiben, um Energie zu sparen und effizienter zu erzeugen und zu nutzen. Auf kommunaler Ebene sind, zusätzlich zur Verbesserung der Wärmedämmung, sofort realisierbar: der Ausbau der Fotovoltaik, der Solarwärme und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Errichtung von Blockheizkraftwerken.

All diese Vorhaben sind nur mit einem kommunalen Energieversorgungsunternehmen zu realisieren. Es wird Zeit, dass Erlangen aufwacht! Wie lässt sich das Ziel Musterkommune zu werden realisieren, wenn uns Städte wie Pfaffenhofen und Kulmbach schon beim Energiesparen den Rang ablaufen?

Als Vorstandsmitglied vertrete ich

den BN im Naturschutzbeirat, als beratendes Mitglied im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss, sowie im Altstadtforum. Als solches frage ich Sie:

Wie kann Erlangen Gesundheitshauptstadt werden, wenn es seine Umwelt und damit die Lebensqualität seiner Bewohner vernachlässigt? Sie können durch Ihr Wahlverhalten viel dazu beitragen, den Kahlschlag in der Umweltpolitik der letzten Jahre zu stoppen. Unterstützen Sie diese an den Bedürfnissen der Erlanger Bürgerinnen und Bürger orientierten Umweltpolitik durch Ihre Stimme für W. Vogel, die SPD oder – sofern Sie politisch grundsätzlich anders orientiert sind – wenigstens durch drei Stimmen für deren umweltpolitischen Sprecher (Listenplatz 17). Vielen Dank für Ihre Unterstützung bereits im Voraus.“

Robert Thaler:

„Als Aufsichtsrat der GeWoBau habe ich das Pilotprojekt „4-Liter-Haus“ im Anger nachhaltig unterstützt. Es muß oberstes Ziel sein, diesen Standard für Altbausanierungen in Erlangen einzuführen.“



Gudrun Bussmann:

„Energiesparmaßnahmen sind einer unserer wichtigsten Schwer-

punkte. Deshalb stimmen wir dem Vorschlag zu.“

FDP

Dr. Elisabeth Preuß:

„Hier gilt leider auch die Ausführung zu 'Verkehr'. Natürlich ist es wünschenswert, Häuser mit so wenig Energieverbrauch wie möglich zu bauen, im Rahmen des möglichen hat die FDP Energieeinsparmaßnahmen im städtische Haushalt gefordert. Sollten sich die finanziellen Rahmenbedingungen bessern, so sollen lt. Kommunalprogramm der FDP Gelder vorrangig in die Sanierung von Schulen gesteckt werden, da hier nicht nur ein großer energetischer Einspareffekt möglich ist, sondern auch pädagogische und soziale Aspekte ein tragende Rolle spielen.“



„Margot Ullmann:

Die notwendigen Fördermittel würde ich bereitstellen und auch einen Anreiz für Altbausanierungen in Form von Zuschüssen halte ich als Beitrag zur CO₂-Verminderung und Förderung des regionalen Handwerks für erforderlich.

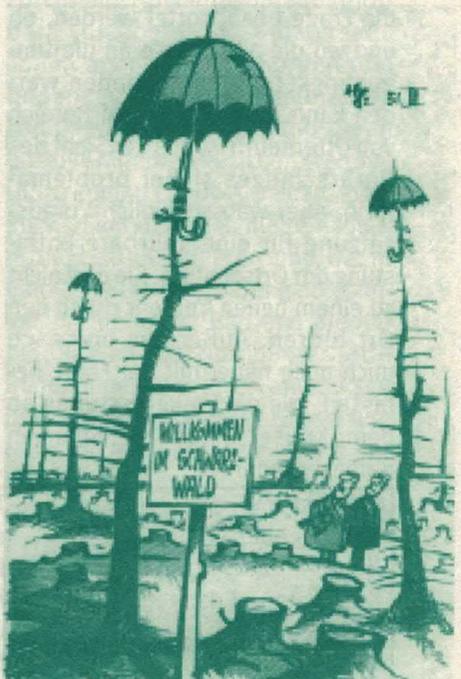


Die Position des BN

Der BN, insbesondere die Arbeitsgruppe „Neue Energie“, setzt sich seit Jahren für den verantwortungsvollen Umgang mit Energie ein. Hierzu wurden Informationsmaterialien und Konzepte für konkrete Maßnahmen im Bereich „Energiesparen“, „effektive Nutzung konventioneller Energieträger“ und „Einsatz regenerativer Energiequellen“ erarbeitet.

So wurden für die Altbausanierung

im Angergebiet gemeinsam mit der GEWOBAU und anderen Institutionen in einer „Energierunde“ konkrete Vorschläge gemacht, die zu dem Projekt „4-Liter-Haus“ führten (pro Quadratmeter Wohnfläche werden im Jahr nur 4 l Heizöl bzw. deren Äquivalente verbraucht). Die Erfahrungen aus diesem Projekt sollten selbstverständlich in alle weiteren Sanierungsmaßnahmen der Stadt einfließen.



Die Fragen zur Kommunalwahl im Landkreis

➔ Themenfeld „Verkehr und Mobilität“

➔ Welche Position vertreten Sie zur Staatsstraße 2240, auch bekannt als Südumfahrung von Buckenhof und Uttenreuth?



Dr. Gerhard Friedrich:
Landratskandidat der CSU

„Die derzeitige Trasse der Staatsstraße 2240 ist während der Hauptverkehrszeiten völlig überlastet. Der Streit über unterschiedliche Ergebnisse von Verkehrszählungen ist völlig überflüssig, da der Stau mehrmals täglich besichtigt werden kann und die Emissionsbelastung den Anwohner in den Ortsdurchfahrten offensichtlich auf Dauer nicht zugemutet werden kann.

Aus den von mir schon vor Jahren genannten Gründen kommt nur eine ortsnahe Umgehung in Betracht. Auch gegen diese Trasse bestehen die bekannten Einwendungen, die ich Ernst nehme. Der ortsnahen Trasse kann ich deshalb erst zustimmen, wenn ich mich davon überzeugt habe, dass die „Maßgaben“ des Raumordnungsbescheides in befriedigender Weise erfüllt werden. Vor einer abschließenden Stellungnahme zu dieser Südumgehung muss auch die Frage beantwortet werden, ob und wo die alte Trasse an die Umgehungsstraße angebunden werden kann. Eine Spange im Bereich von Uttenreuth ist aus der Sicht des Naturschutzes sicher problematisch, aber wahrscheinlich Voraussetzung für eine spürbare Entlastung der Ortszentren. Sie darf nicht zu einem neuen Verkehr durch den Ort führen. Außerdem muss ich mich noch näher mit der Frage befassen, wie die Verkehrsströme ab dem „Kreisel“ in die Stadt Erlangen abfließen können.

Der Kreistag kann übrigens nur Stellung nehmen, nicht entscheiden.



Eberhard Irlinger:
Landratskandidat der SPD:

„Die unter dem Namen Südumgehung bekannt gewordene Trassenführung der Südumfahrung der Gemeinden Buckenhof und Uttenreuth halte ich nicht für das geeignete Mittel die bestehenden Verkehrsprobleme und Belastungen der Bürgerinnen und Bürger zu lösen. Mein Engagement gilt daher dem Projekt Stadt-Umland-Bahn.“

beim Bau der Südumfahrung eine Gefährdung der Grundwasservorräte im Reichswald sowie eine erhebliche Beeinträchtigung des wichtigsten Erholungsraumes im Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Ganz abgesehen davon, dass die Klimaschutzfunktion des Reichswaldes massiv beeinträchtigt würde.“



Karin Knorr:

Landratskandidatin der „Freien Wähler“:

„Eine Entlastung der bisherigen Staatsstraße 2240 ist unumgänglich im Interesse aller Bürger des östlichen Landkreises.“



Manfred Bachmayer:

Landratskandidat von „Bündnis 90, Die Grünen“:

„Eine Südumfahrung von Buckenhof und Uttenreuth wird von mir abgelehnt. Ich halte dieses Projekt sowohl verkehrspolitisch als auch ökologisch für nicht vertretbar. Einer möglichen leichten Entlastung der Ortsdurchfahrten würde insgesamt eine Steigerung des Verkehrsaufkommens gegenüberstehen. Hinzu kommt



bad & heizung

Qualitätsgarantie der führenden Fachbetriebe

Da lacht nicht nur die Sonne.

Solarenergie vom eigenen Dach ist umweltfreundlich und leistungsstark. Und viel preisgünstiger als Sie denken. Nutzen Sie öffentliche Fördermittel! Wir beraten Sie gern!

- Service:
- Fördermittel-Beratung
 - individuelle Vor-Ort-Beratung
 - Planung + Installation

bad & heizung **Dreyer**
Wasser . Wärme . Wohlgefühl

Dresdener Straße 11 · 91058 Erlangen · T (091 31) 30 07-0
info@dreyer-gmbh.de · www.dreyer-gmbh.de

Impressum: Herausgeber Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Erlangen Pfaffweg 4 91054 Erlangen	Tel. + Fax: 09131/23668 e-Mail: bn-erlangen@fen-net.de homepage: www.fen-net.de/bn-erlangen
---	---

→ **Der bisherige Landrat Krug hat sich zumindest programmatisch positiv für die Stadt-Umland-Bahn geäußert. Getan hat er in diesem Sinne nichts. Sind Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, das Projekt Stadt-Umland-Bahn im Landkreisgebiet konkret anzugehen, indem Sie z.B. die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung des Kreistages befürworten, ebenso wie die aktive Einbringung der Gebietskörperschaft in eine künftige Planungs- und Betreibergesellschaft?**



Dr. Gerhard Friedrich:

„Die Stadt-Umland-Bahn ist aus umweltpolitischen Gründen wünschenswert (neue Qualität des Angebots gegenüber den bisherigen Busverbindungen), aus den von der Regierung von Mittelfranken schon im Mai 1997 festgestellten Gründen aber keine Alternative zum Bau einer Ortsumgehung. Während einer mehrjährigen Bauzeit in der Verkehr in beiden Richtungen jeweils auf nur einer Fahrspur abgewickelt werden müsste, käme es zu einem Verkehrschaos, da Ausweichrouten nicht zur Verfügung stehen. Auch anschließend würde die StUB den noch verbleibenden Individualverkehr in einer nicht mehr akzeptablen Weise behindern. Wie die bisherigen Studien belegen, darf die Quote der Umsteiger vom PKW auf eine StUB nicht überschätzt werden. Der Raum östlich von Erlangen hat eine andere Struktur als z.B. der Raum Karlsruhe. Unabhängig von den Problemen bei der Abwicklung des Verkehrs ist nach meiner Kenntnis keine der beteiligten Gebietskörperschaften zur Zeit in der Lage, die hohen Investitionskosten zu finanzieren. Nach den derzeitigen Zuwendungsrichtlinien werden die schon Anfang der 90er Jahre mit 640 Mio. DM geschätzten Investitionskosten nur zu etwa 70 Prozent bezuschusst. Die drei beteiligten Gebietskörperschaften müssen also erhebliche Eigenmittel bereitstellen. Es ist nicht vertretbar, diese voll über Kredite zu finanzieren. Der Freistaat Bayern hat deshalb zusammenfassend festgestellt, dass die sog. Osttrasse aus verkehrstechnischen und finanziellen Gründen z.Zt. nicht zuwendungsfähig ist. Mit dem Bau der Stadt-Umland-

Bahn - natürlich in Schritten, aber dann sinnvollerweise zügig - kann deshalb erst dann begonnen werden, wenn die Stadt Erlangen und die Landkreise Erlangen-Höchstadt und Forchheim ausreichende Rücklagen gebildet haben. Angesichts der zur Zeit eher sinkenden kommunalen Einnahmen und der Notwendigkeit, in den nächsten Jahren in Höchstadt eine Realschule zu bauen und das Spardorfer Gymnasium zu erweitern, hat der Landkreis Erlangen-Höchstadt kurzfristig kaum eine Chance, diese Rücklagen zu bilden. Er muss zusätzlich in der Lage sein, ab Inbetriebnahme der StUB höhere Betriebskostendefizite des ÖPNV auszugleichen. Die Gründung einer Planungs- und Betreibergesellschaft wäre deshalb verfrüht. Unabhängig davon werde ich die Detailplanungen an der StUB rechtzeitig so vorantreiben, dass in einigen Jahren ausreichende Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stehen.

Eine Südumgehung von Buckenhof und Uttenreuth könnte einen großen Teil des Individualverkehrs aufnehmen und damit die verkehrstechnischen Bedenken gegen die StUB weitgehend ausräumen.“



Eberhard Irlinger:

„In der Mitte der 80er Jahre wurde aufgrund eines Projektes des SPD-Kreisverbandes ERH eine Studie bezuschusst, die erste Untersuchungen und Realisierungsmöglichkeiten der Stadt-Umland-Bahn aufzeichnete. Ich befürworte eine dringliche Befassung mit dem Projekt Stadt-Umland-Bahn, um es mittelfristig mit weiteren Gebietskörperschaften realisieren zu können.“



Manfred Bachmayer:

„Eine Aufnahme der Stadt-Umland-Bahn in die Finanzplanung ist bisher immer wieder am Widerstand der anderen Kreistagsfraktionen gescheitert. Dies ist um so unverständlicher, als bei einer Förderung in Höhe von 85% das Projekt für den Landkreis und die Kommunen eine machbare Alternative darstellt. Erreicht werden könnte mit einer Stadt-Umland-Bahn aus meiner Sicht eine massive Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr. Mit diesem Projekt würde die Lebensqualität im Landkreis erheblich gesteigert, die Mobilität optimiert werden.

Als zentralen Schritt hierzu wird nach der Wahl 2002 von mir dem Kreistag vorgeschlagen, eine Stabsstelle „Stadt-Umland-Bahn“ einzurichten. Aufgabe dieser Stelle ist es, einerseits Übereinkünfte mit der Stadt Erlangen und dem Landkreis Forchheim sowie der Stadt Nürnberg vorzubereiten. Andererseits sollen aber auch die Sorgen und Bedenken einiger Kommunen im Landkreis ausgeräumt und deren positive Mitarbeit gesichert werden. Hinzu kommt Lobby-Arbeit auf allen Ebenen mit dem Ziel, hier ein Pilotprojekt zu installieren und damit eine erweiterte Förderung zu erzielen. Während der Bau und die Anbindung an das Nürnberger Straßenbahnnetz von den Landkreisen und den Kommunen im Grossraum realisiert werden kann, sollte der Betrieb für das dann bestehende Gesamtnetz von einem erfahrenen Betreiber wie der Nürnberger VAG übernommen werden. Investitionen in eigene Werkstätten und Spezialfahrzeuge würden damit überflüssig“.





Karin Knorr:

„Die Förderung des ÖPNV ist weiterhin Ziel der FW-Politik. Umweltschonende Verkehrsmittel sind vorrangig anzustreben. Das Projekt StUB hängt von zahlreichen Bedin-

gungen ab, die regional zu klären sind.“



Die Position des BN

Der BN lehnt den Bau der „Südumfahrung“ strikt ab, weil sich die bestehenden Verkehrsprobleme durch eine Umgehungsstraße nicht lösen lassen und es gute Alternativen gibt. Außerdem würde der Straßenneubau eine Reihe neuer Umweltprobleme verursachen und durch eine höhere durchschnittliche Geschwindigkeit eine zusätzliche Lärmbelastung für die Bürger darstellen. Die z. Zt. vorhandenen Verkehrsmengen müssen durch Verlagerung auf Bus und Bahn reduziert werden um so den leidgeplagten Bürgern an der bestehenden Staatsstraße Entlastung zu verschaffen und gleichzeitig unsere wertvollsten Güter - Boden, Wasser und Luft - zu schonen. Dieser Straßenbau am Rande und durch den Reichswald würde be-

stes Erlanger Trinkwasser gefährden sowie ein beliebtes Naherholungsgebiet, den wichtigsten Sauerstoffproduzenten des Ballungsgebietes und den Lebensraum von zahlreichen geschützten Tier- und Pflanzenarten zerstören. Sogar Arten und Lebensraumtypen der EU-Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie wären betroffen. Die Rodung von ca. 12 ha Bannwald für den Straßenbau würde somit gegen die Bannwaldverordnung und geltendes EU-Recht verstoßen. Der BN setzt sich daher für die schnellstmögliche Realisierung einer modernen Stadt-Umland-Bahn (StUB) ein, zumal entsprechend dem ÖPNV-Gesetz der bayerischen Staatsregierung, dem Regionalplan und dem Landesentwicklungsplan der öffentliche Nahverkehr in Bal-

lungsräumen Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) haben muss. Die Behauptung, es müsse erst die Südumfahrung gebaut werden, um während der Bauphase der StUB Verkehrsbehinderungen zu vermeiden, ist durch kein verkehrsfachliches Gutachten o.ä. begründet. Die von der Gemeinde Buckenhof in Auftrag gegebene Studie hat inzwischen das Gegenteil bewiesen: Die unabhängige Fachagentur für Stadt- und Verkehrsplanung kommt zu dem Ergebnis, dass die StUB im Straßenraum von Buckenhof sowohl im Mischbetrieb MIV/ÖPNV, als auch mit einem gesonderten Bahnkörper uneingeschränkt realisierbar ist. Wie die Machbarkeitsstudie gezeigt hat, ist die StUB kurzfristig realisierbar und mit staatlichen Zuschüssen in Höhe von 85 % und/oder privaten Betreiber-Modellen auch finanzierbar. Es fehlt also nur am politischen Willen!

➔ Themenfeld „Flächenschutz“

➔ Planen Sie Eingriffe in den Bannwald (Reichswald)?



Dr. Gerhard Friedrich:

„Mir sind keine Projekte des Landkreises bekannt, die einen Eingriff in den Bannwald erforderlich machen.“



Eberhard Irlinger:

„Nein.“



Manfred Bachmayer:

„Nein, weder jetzt noch in der Zukunft. Vielmehr hatte ich es für wichtig, den Bannwald auch in den Randbereichen besser zu sichern und u.U. zu erweitern. Auch eine ökologische Aufwertung der Randbereiche soll in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden, wie dem Bund Naturschutz, in den nächsten Jahren umgesetzt werden.“



Karin Knorr:

„Soweit solche zum Schutz der Umwelt unerlässlich sind und nachhaltig Ersatz geschaffen wird -ja.“



➔ **Wie stehen Sie zum Schutz bestehender Landschaftsschutzgebiete und zur Ausweisung zusätzlicher Landschaftsschutzgebiete, wie z.B. das Schwabachtal?**



Dr. Gerhard Friedrich:

„Der Schutz ökologisch höherwertiger Flächen ist gerade im Ballungsgebiet von großer Bedeutung. Ohne Unterlagen kann ich kurzfristig nicht beurteilen, ob es sinnvoll ist, z.B. im Schwabachtal neue Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass es im Hinblick auf den Verwaltungsvollzug falsch ist, große Teile des sog. Außenbereichs als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Es gibt ausreichende Rechtsgrundlagen, um auch im Außenbereich die Errichtung baulicher Anlagen zu unterbinden. Nach meinen Erfahrungen führt die Ausweisung fast des gesamten Außenbereiches als Landschaftsschutzgebiet dazu, dass die einschlägigen Verordnungen nicht mehr konsequent vollzo-

gen werden (und auch nicht werden können). Es entfällt die „Warnfunktion“, also der Hinweis, dass ein bestimmter Teil der Landschaft aus der Sicht des Naturschutzes besonders schutzwürdig ist.“



Eberhard Irlinger:

„Ich stehe dieser Forderung positiv gegenüber, weiß aber auch, dass jedes einzelne Vorhaben geprüft werden muss.“



Manfred Bachmayer:

„Der Schutz von Landschaftsschutzgebieten muss intensiviert werden. Hierzu ist auch ein erweitertes Schutz von Grünachsen wie dem

Schwabachtal, Höhenzug Kalchreuth etc. anzugehen. Ein wichtiger Schritt wäre sicherlich der Grunderwerb besonders wertvoller Landschaftsbestandteile durch den Landkreis und die Übertragung deren Pflege an Umweltverbände, wie den Bund Naturschutz, durch langfristige Pachtverträge.“



Karin Knorr:

„Landschaftsschutz ist ein vorrangiges Thema der Leitlinien der Freien Wähler. Grün ist für mich keine politische Farbe, Grün ist Leben - das Leben im Schwabachtal (die Landschaft) ist deshalb zu erhalten und vor weiteren Eingriffen zu schützen!

Mittel hierzu sind Bauplanungsrecht und Naturschutzrecht“.

➔ **Gibt es konkrete Planungen zu neuen Gewerbeansiedlungen im Landkreis?**



Dr. Gerhard Friedrich:

„Bekanntlich ist es nicht Aufgabe des Landkreises, neue Gewerbeflächen auszuweisen. Er hat - soweit nicht die Regierung zuständig ist - nur darüber zu entscheiden, ob bei gemeindlichen Planungsentscheidungen die gesetzlichen Grenzen beachtet werden.“



Eberhard Irlinger:

„Gewerbeansiedlungen stärken u.a. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Wirtschaftskraft der Städte und Gemeinden und da-

mit natürlich auch den Landkreis insgesamt. Eine Vernachlässigung infrastrukturverbessernder Maßnahmen kann deshalb nicht in Frage kommen. Mit demselben Gewicht ist jedoch darauf zu achten, dass potentielle Projekte mit einem Höchstmaß an Aufmerksamkeit hinsichtlich moderner, ressourcensparender und verantwortungsbewusster Konzepte nach umwelt- und entwicklungsplanerischen Gesichtspunkten zu prüfen sind und durchgeführt werden.“



Manfred Bachmayer:

„Konkrete Planungen werden von den einzelnen Gemeinden im Rah-

men ihrer Flächennutzungspläne vorangetrieben. Herausragende Projekte sind die neue Nutzung der Herzobase in Herzogenaurach durch ein Sportunternehmen oder auch die Versuche, bei Heroldsberg eine neue Ziegelei etc. anzusiedeln.“



Karin Knorr:

„Ausweisungen neuer Gewerbeflächen sind mir nicht bekannt.“

➔ **Sind Sie bereit, im Falle Ihrer Wahl bei der Ausweisung von neuen Flächen für Bau- und Gewerbegebiete das Instrument der Genehmigung über das Landratsamt restriktiv, d.h. zum Schutz der Flächen einzusetzen?**



Dr. Gerhard Friedrich:

„Es liegt im Interesse der Landkreisbewohner, vorhandenen Betrieben Erweiterungsmöglichkeiten oder Standortalternativen und neuen Betrieben geeignete Flächen anzubieten. Wegen der ohnehin begrenzten Nachfrage besteht keine Notwendigkeit, die Ausweisung von Gewerbeflächen zu behindern. Dies wäre auch aus umweltpolitischer Sicht wenig sinnvoll, da große Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz Ursache der großen Verkehrsprobleme gerade im StadtUmland und damit auch von Schadstoffemissionen sind. Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen muss aber sorgfältig geprüft, ob der gewünschte Standort z.B. mit dem Ziel des Naturschutzes vereinbar ist. Dies gilt auch für die Ausweisung von Wohnbauflächen. Dabei muss zunehmend eine Rolle spielen, ob neben leistungsfähigen Straßen ein ausreichendes ÖPNV Angebot gesichert ist. Die demographischen Entwicklung lässt erwarten, dass die Nachfrage nach

Wohnbauflächen auch bei uns zurückgeht.“



Eberhard Irlinger:

„Die ökologischen Gesichtspunkte werden in jedem Fall eine gewichtige Rolle spielen.“



Manfred Bachmayer:

„Das Landratsamt wird unter meiner Leitung eine Überprüfung der bestehenden Planungen vornehmen sowie neue Planungen durchaus restriktiv behandeln. Weiterhin ist es notwendig, seitens des Landratsamtes das Recycling bestehender Flächen anzumahnen sowie auf die Bildung von Zweckverbänden bei der Ausweisung neuer Flächen hinzuarbeiten. Es macht keinen Sinn, wenn z.B. Kalchreuth, Heroldsberg und Eckental im Erlanger Obertand ohne vernünftige verkehrstechnische Erschließung

und Gesamtplanung ein Gewerbegebiet nach dem anderen parallel ausweisen. Eine Zusammenarbeit zur optimalen Flächennutzung bietet sich hier an. Stichworte wären die Errichtung von Gründerzentren für junge Unternehmer, auch als Schnittstelle zur Universität Erlangen-Nürnberg und zu High-Tech-Betrieben, sowie ein am Bedarf vor Ort orientierten Branchenmix. Dabei sind Erschließung und optimierte Flächennutzung sowie landschaftlich optimale Einbindung gleichermaßen zu berücksichtigen. Eine Zusammenarbeit von Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden in dieser Frage ist aus meiner Sicht entscheidend für eine weitere qualitative Entwicklung des Landkreises.“



Karin Knorr:

„Sparsamer und sensibler Umgang mit Grund und Boden sollte uns allen wichtig sein.“



Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Die Position des BN

Der ungezügelter Flächenverbrauch durch den Straßenbau und immer weitere Neuausweisungen von Wohn- und Gewerbegebieten ist eines der größten Naturschutzprobleme in unserem Landkreis, aber auch landesweit. Deshalb fordert der BN durch die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten wichtige Grünachsen, wie z.B. das Schwabachtal oder die Marloffsteiner Höhen, vor einer weiteren Zersiedelung zu schützen und damit als Nutzfläche für die stadtnahe Landwirtschaft sowie als Naherholungsgebiet zu erhalten. Außerdem muss die Unantastbarkeit des Bannwaldes gewährleistet bleiben. Zur Vermeidung von Pendlerströmen ist die Ansiedlung von Gewerbe in ländlichen Gemeinden wichtig. Die derzeit übliche, konkurrierende Ausweisung von überdimensionierten Gewerbegebieten in benachbarten Gemeinden und Ortsteilen führt aber zu einer unnötigen Flächenversiegelung und Zerstörung der Landschaft und wird daher vom BN abgelehnt.

Ökologische Baustoffe



sonne & wind
Anlagen - Verkauf - Selbstbau

Kloppülen mit Regenwasser
Dämmen mit Altpapier
Strom von der Sonne
Feine Solaranlagen
Farben ohne Gift

Tel: 09161 / 876534 - Fax: 09161 / 876535
Birkenfeld, Ionweg 4, 91413 Neustadt/Altenfurt

➔ Themenfeld „Energie“

- ➔ In Furth bei Landshut gibt es ein Holzhackschnitzelheizkraftwerk, das Strom und Wärme für ein Siedlungsgebiet liefert. Sind Sie im Falle Ihrer Wahl bereit, den Einsatz von Biomasse im Zusammenhang mit Kraft-Wärme-Kopplung als einen nennenswerten Beitrag zur umweltverträglichen Energieerzeugung (Strom und Wärme) anzuerkennen und konkrete Projekte auch finanziell zu unterstützen?

CSU

Dr. Gerhard Friedrich:

„Nachdem wir in den letzten 20 Jahren viele Umweltbelastungen weitgehend reduziert haben, müssen wir unsere Bemühungen auf die Sektoren konzentrieren, in denen auch der Sachverständigenrat die Defizite feststellt: Den Natur- (aus meiner Sicht mehr ein Vollzugsproblem) und den Klimaschutz. Ich teile nicht die Auffassung, dass es in absehbarer Zeit möglich wird, fossile Energieträger oder die Kernenergie durch erneuerbare Energie abzulösen. Realistisch ist das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energie in den nächsten Jahren zu verdoppeln. Die Nutzung der Biomasse, die z.B. bei der Pflege der Wälder als „Abfall“ anfällt, ist voraussichtlich bald ohne Subventionen konkurrenzfähig. Deshalb sieht das CSU-Wahlprogramm vor, dass der Landkreis auch selbst einmal ein Hackschnitzelheizkraftwerk errichtet. Nach Prüfung der schon vorhandenen Förderprogramme bin ich auch grundsätzlich bereit, Projekte Dritter zu unterstützen. Im Hinblick auf den höheren Wirkungsgrad ist jeweils die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme anzustreben. Ich füge hinzu, dass der Lkr. dann, wenn die Sanierung seiner (noch relativ neuen) Gebäude ansteht, durch eine verbesserte Wärmedämmung einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss.“

SPD

Eberhard Irlinger:

„Ich war mit unter den ersten, die sich z. B. für Hackschnitzelheizkraftwerke gerade auch in der Verwirklichung öffentlicher Bauten eingesetzt haben. Selbstverständlich werde ich mich dafür auch künftig einsetzen, konkrete Projekte, z. B. mit dem Einsatz von Biomasse im Zusammenhang mit Kraft-Wärme-Kopplung, zu forcieren. Der Einsatz zur Nutzung regenerativer Energiequellen wird ein Schwerpunkt meiner Tätigkeit sein.“



Manfred Bachmayer:

„Die Nutzung von Biomasse (z.B. Holzhackschnitzel) zur Energiegewinnung inkl. Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung bei öffentlichen Einrichtungen, wie den anstehenden Neubauten von Realschulen in Höchststadt und in einigen Jahren in Eckental, wird von mir unterstützt. Schritt für Schritt sollen außerdem alle öffentlichen Einrichtungen, soweit wirtschaftlich vertretbar, in den nächsten sechs Jahren entsprechend nach bzw. umgerüstet werden. Gerade im Schulbereich und beim Kreiskrankenhaus lässt sich hier noch vieles verbessern, nicht zu vergessen die Möglichkeiten einer

optimalen Isolierung der Gebäude. Konkrete Projekte von Unternehmen, Verbänden und Privatleuten im Energiebereich (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung) kann der Landkreis angesichts der angespannten Haushaltslage derzeit nur in Ausnahmefällen direkt fördern. Möglich und machbar erscheint mir aber die Einrichtung einer unabhängigen Energieagentur im Landkreis zur Beratung von Kommunen und Privatleuten sowie die konkrete finanzielle Unterstützung von Pilotprojekten im Energiebereich im Rahmen eines Wettbewerbes der Energieagentur. Eine solche „Anschubfinanzierung“ ist selbstverständlich durch günstige Kredite der öffentlichen Geldinstitute für weitere Projekte im Energiebereich (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung) zu ergänzen.“



Karin Knorr:

„Umweltverträgliche Energieerzeugung muss Thema für jede Partei und Gruppierung sein. Der Einsatz von Biomasse im Zusammenhang mit Kraft-Wärme-Kopplung kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Im Einzelfall ist im Interesse des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Geldern eine Förderung sorgfältig zu prüfen.“

Holzhackschnitzel) und Biogas, neben der Energieeinsparung und dem Einsatz von Solarenergie eine Standardtechnik werden. Dies fordert der BN auch immer wieder in seinen Stellungnahmen zu den verschiedenen Bauvorhaben.



Die Position des BN

Bei der Planung neuer Siedlungsgebiete, aber auch bei der Renovierung und dem Neubau öffentlicher

Gebäude sollte die Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere unter Verwendung von Biomasse (z.B.



Termine

1. Halbjahr 2002

Termine

1. Halbjahr 2002

Termine

1. Halbjahr 2002

Termin	Thema	Ort	Anmeldung
Samstag, 09.02., 14 Uhr	Mitmachaktion: Praktischer Artenschutz Weiden schneiden	Treffpunkt: Egidienkirche Elterdorf	nein
Donnerstag, 28.02., 20 Uhr	Film und Diskussion „Stadt-Umland-Bahn (StUB) auf Erfolgskurs“	VHS, Aula Friedrichstr. 17	nein
Donnerstag, 07.03., 19.30 Uhr	Diavortrag „Kreuzkröte, Moorfrosch & Co. - Amphibien in und um Erlangen“	NUZ-Saal Pfaffweg 4	nein
Sonntag, 10.3.02	Mitmachaktion: „Kröten retten“ (witterungsabhängig)	Treffpunkt und Uhrzeit bei Anmeldung	ja
Dienstag, 19.03., 20 Uhr	Stammtisch	Kulisse Theaterstraße 8	nein
Donnerstag, 11.04., 20 Uhr	Vortrag „Vom Kälte Loch zum warmen Eigenheim - - wie ein Altbau zum Null-CO ₂ -Haus wird“	VHS, Aula Friedrichstr. 17	nein
Samstag, 13.04., 14.30 Uhr	Besichtigung „Vom Kälte Loch zum warmen Eigenheim - - wie ein Altbau zum Null-CO ₂ -Haus wird“	ab Rathaus	ja
Dienstag, 16.04., 20 Uhr	Stammtisch	Kulisse Theaterstraße 8	nein
Donnerstag, 18.04., 19.30 Uhr	Diavortrag „Die Vogelwelt Erlangens“	NUZ-Saal Pfaffweg 4	nein
Samstag, 20.04. 8 Uhr	Vogelstimmenwanderung über den Burgberg	NUZ-Aufgang An den Kellern	nein
Montag - Sonntag 22.04. - 28.04.	Haus- und Straßensammlung	Stadt/Landkreis	ja
Mittwoch, 01.05.	DGB am Berg BN-Beteiligung mit Infostand	Bergkirchweihgelände	nein
Sonntag, 12.05.	SPD am Berg BN-Beteiligung mit Infostand	Bergkirchweihgelände	nein
Samstag, 15.06., 14 Uhr	Exkursion „Was kreucht und fleucht denn da?“	Treffpunkt und Uhrzeit bei Anmeldung	ja
Dienstag, 21.05.	Stammtisch am „Berg“	Treffpunkt und Uhrzeit bitte nachfragen	nein
Sonntag, 16.06.	Bayern-Tour-Natur	Treffpunkt und Uhrzeit bitte nachfragen	nein
Dienstag - Sonntag 18.06.- 23.06., Sonntag, 23.6., 14 Uhr	Woche der offenen Tür Tag der offenen Tür mit Ausstellungen, Kaffee, Kuchen und Kinderprogramm	NUZ Pfaffweg 4	nein
Samstag/Sonntag 29./30.06.	Reichswaldfest	Nürnberg Schmausenbuck	nein
Samstag, 20.07., 9 Uhr	Fahrt zum Windrad in Kehl bei Weißenburg	Hauptbahnhof Erlangen	ja
Donnerstag 08.08.	Fledermaus-Nachtwanderung	Treffpunkt und Uhrzeit bei Anmeldung	ja

Anmeldung bei:
Bund Naturschutz, Kreisgruppe Erlangen, Pfaffweg 4, 91054 Erlangen,
Tel/Fax: 09131/23668, e-mail: bn-erlangen@fen-net.de



**Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.**

